

Umkämpftes Gedenken: Die Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig (1990–2020)

Anna Fend

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht die Erinnerungskämpfe verschiedener Akteur:innen in Leipzig, die zwischen 1990 und 2020 um das öffentliche Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt geführt wurden. Der Artikel zeichnet die Entwicklung nach, in der sich die Erinnerung an rechte Gewalt von einer Marginalisierung zu einer wachsenden gesellschaftlichen Aufmerksamkeit verschoben hat. Die theoretische Grundlage bildet Jenny Wüstenbergs Konzept des Erinnerungsaktivismus, der zivilgesellschaftliche Akteur:innen in den Mittelpunkt stellt. Mithilfe der historischen Diskursanalyse nach Armin Landwehr wurden über 300 Zeitungsartikel, städtische Dokumente und Zeugnisse von Erinnerungsaktivist:innen analysiert. Die Ergebnisse zeigen: Rechte Gewalt wurde in den frühen 1990er-Jahren von Stadt und Medien entpolitisiert. Erste Formen gesellschaftlichen Protests wurden nach dem Mord an Achmed Bachir 1996 sichtbar. Ein Wendepunkt war die Ermordung Kamal Kilades 2010, die eine gesellschaftliche Mobilisierung und erinnerungsaktivistische Auseinandersetzung auslöste. Die Studie betont, dass das Erinnern an rechte Gewalt in Leipzig wesentlich durch den anhaltenden zivilgesellschaftlichen Erinnerungsaktivismus geprägt ist.

Schlüsselbegriffe: Todesopfer rechter Gewalt; Leipzig; Erinnerungsaktivismus, Erinnerungskultur; rechte Gewalt, Zivilgesellschaft

Contested Memory: Commemorating Victims of Far-Right Violence in Leipzig (1990–2020)

Summary: The article examines the memory struggles of various social actors in Leipzig over the establishment of different interpretations of the past, focusing on commemorating victims of far-right violence from 1990 to 2020. The article traces the development in which the remembrance of far-right violence shifted from marginalization to growing societal attention. The theoretical framework is based on Jenny Wüstenberg's concept of memory activism, which places civil society actors at the center. The analysis draws on over 300 newspaper articles, municipal documents, and testimonies from memory activists using Armin Landwehr's historical discourse analysis. The findings show that far-right violence was depoliticized in the early 1990s. The first forms of societal protest became visible after the murder of Achmed Bachir in 1996. A turning point was the killing of Kamal Kilade in 2010, which triggered societal mobilization and memory activism. The study emphasizes that commemoration of the victims of far-right violence in Leipzig is significantly shaped by persistent civil society memory activism.

Keywords: Victims of far-right violence, Leipzig, Memory activism, Culture of remembrance, Far-right violence, Civil society

1 Einleitung

Das Attentat am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem neun Menschen ermordet wurden, weil sie nicht in das Weltbild des Attentäters passten, stellte einen weiteren Höhepunkt in der Geschichte rechter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland dar. Die Geschichte rechter Gewalt lässt sich bis in die Anfänge der BRD und der DDR zurückverfolgen. Über viele Jahre wurde dieses Thema jedoch nur unzureichend wissenschaftlich untersucht und fand im gesellschaftlichen Bewusstsein wenig Beachtung (vgl. Kopke 2017: 149). Dies hängt eng mit der Art und Weise des öffentlichen Gedenkens an solche Taten von städtischer und bundesstaatlicher Seite, aber auch von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammen. Denn: Das Gedenken an Opfer rechter Gewalt ist umkämpft, da die Deutungen der Taten gesellschaftlich umkämpft sind.

In den vergangenen Jahren sind einige Publikationen erschienen, die Erinnerungskämpfe um die Deutung rechter Gewalt zum Thema haben (Demirtaş/Schmitz/ Gür-Şeker 2023; Fischer 2021; Heinrich/Jünger/Plessow 2024; Lierke/Bulling/Türker 2020; Nobrega/Quent/Zipf 2021a). Auch wenn es zu Städten wie Chemnitz und Zwickau – zentrale Orte im Kontext des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) – bereits vereinzelt wissenschaftliche Beiträge zu rechter Gewalt gibt (vgl. Kocyba/Bohmann 2024), fehlt eine solche Auseinandersetzung mit rechter Gewalt und Erinnerungspolitik in anderen Teilen Sachsens und Ostdeutschlands. Auch aus diesem Befund heraus gewinnt das Thema an wissenschaftlicher Relevanz (vgl. Mauerbach 2024: 26 f). Zu Leipzig, zweitgrößte Stadt Ostdeutschlands und zugleich eine Stadt, in der seit 1990¹ zehn Menschen² aus einer (mutmaßlich) rechten Tatmotivation heraus getötet wurden, gibt es bisher keine erinnerungsaktivistischen Untersuchungen. Damit adressiert diese Arbeit, die einen lokalhistorischen Zugang wählt, ein Forschungsdesiderat.

Im Rahmen dieses Artikels wird unter rechter Gewalt eine Gewalthandlung verstanden, die auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit (vgl. Heitmeyer 2016: 11) basiert und aus politisch rechtmotivierten Einstellungen hervorgeht. Rechte Gewalt richtet sich gegen Personen oder Gruppen aufgrund zugeschriebener Merkmale wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Zugehörigkeit, Religion oder soziale Herkunft. Sie dient dazu, wie Jan Schedler (2019: 105) feststellt, „das Abweichen von einer konstruierten Normvorstellung“ zu bestrafen und somit in der Vorstellung der Täter:innen gesellschaftsstrukturierende Hierarchien aufrechtzuerhalten oder durchzusetzen.

Auf Grundlage dieser Definition lassen sich in Leipzig zehn Todesfälle erfassen, bei denen es sich entweder um Opfer rechter Gewalt handelt oder bei denen ein begründeter Verdacht auf einen Zusammenhang besteht. Im Stadtbild wies dennoch lange nichts auf ihr Leben und ihr Schicksal hin. Es herrschte eine nahezu vollständige Abwesenheit öffentlicher Erinnerung. Erst nach dem Mord an Achmed Bachir 1996 setzte ein Wandel ein. Den Wendepunkt der Erinnerungskultur in Leipzig markierte die Ermordung Kamal Kilades 2010 durch zwei polizeibekannte Neonazis.

- 1 Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich auf die Zeit nach der Wiedervereinigung, da der Quellenbestand für die Zeit zuvor schlicht noch nicht systematisch ausgewertet wurde und dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.
- 2 Gerhard Sch., Klaus R., Gerhard Helmut B., Horst K., Bernd Grigol, Achmed Bachir, Nuno Lourenço, Thomas K., Karl-Heinz Teichmann und Kamal Kilade.

Diese Untersuchung will daran anknüpfend der Frage nachgehen, wie sich die Erinnerungskultur an die Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig seit den 1990er-Jahren von einer anfänglich geringen Sichtbarkeit hin zu einer stärkeren öffentlichen Thematisierung gewandelt hat. Im Zentrum stehen dabei die Erinnerungskämpfe um die Etablierung konkurrierender Deutungen der Vergangenheit im öffentlichen Raum. Unter Erinnerungskämpfen werden Auseinandersetzungen zwischen Akteur:innen verstanden, die ausgehend von unterschiedlichen Erinnerungsnarrativen um Deutungshoheit ringen. Der Artikel vertritt die These, dass in Leipzig zivilgesellschaftliche Erinnerungsaktivist:innen – Betroffene, Angehörige und Aktivist:innen – eine zentrale Rolle im Ringen um Anerkennung und ein würdiges Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt spielen, und dies im Spannungsfeld von Desinteresse, Ablehnung, aber auch punktueller Solidarität seitens Stadt und Dominanzgesellschaft.

Zur Analyse des Untersuchungsgegenstandes wird Landwehrs (2018: 96) historische Diskursanalyse angewendet mit der Prämisse, dass „die historische Diskursanalyse grundsätzlich vom Konstruktionscharakter soziokultureller Wirklichkeiten ausgeht und [...] vor diesem Hintergrund nach den Arten und Weisen [fragt], mit denen im historischen Prozess Formen des Wissens der Wahrheit und der Wirklichkeit hervorgebracht werden“. Ebenjene sinnstiftenden, konstruierten, von Macht strukturierten Diskurse um Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig werden in diesem Artikel beleuchtet und lassen sich anhand zweier Beispiele darstellen – der Ermordung Achmed Bachirs (30 Jahre, †1996) und Kamal Kilades (19 Jahre, †2010).

Auf der Methode aufbauend wurde das Korpus für die Analyse angelegt: Es umfasst alle (153) lokalen Zeitungsveröffentlichungen (*Leipziger Zeitung*, *Bild Zeitung Leipzig*, *Leipziger Volkszeitung* (LVZ)) zu den Taten oder den Nachwirkungen der Taten. Ergänzt wird es durch überregionale Artikel linker Zeitungen (63)³, städtische Dokumente (20)⁴ und Schrifterzeugnisse von Erinnerungsaktivist:innen (70)⁵. Damit ergibt sich ein Umfang von 306 Schrifterzeugnissen.

Die Analyse der Entwicklung der Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig stützt sich auf die Theorie des Erinnerungsaktivismus nach Jenny Wüstenberg, die im ersten Kapitel vorgestellt wird. In drei weiteren Kapiteln wird die Entwicklung entlang drei Zeitabschnitten – den frühen 90er-Jahren, dem Mord an Bachir 1996 und dem Mord an Kilade 2010 – und der Auswertung des Korpus dargestellt. In einem letzten Kapitel werden die Ergebnisse vorgestellt und in überregionale Tendenzen eingebettet.

1.1 Jenny Wüstenbergs Theorie des Erinnerungsaktivismus

Jenny Wüstenberg lieferte mit dem Buch „Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945“ eine erste umfassende Studie ziviler Erinnerungsakteur:innen und

3 *Taz*, *Neues Deutschland*, *Junge Welt* und später *Jungle World*. Diese Artikel dienen einer überregionalen Einordnung der Fälle und werden ergänzend hinzugezogen.

4 Im Informationsportal der Stadt Leipzig wurde eine systematische Suche mit den Namen der Getöteten und verschiedenen Kombinationen von Erinnern, Gedenken und rechter Gewalt durchgeführt, um einschlägige Dokumente der städtischen Verwaltung zu identifizieren.

5 Es wurde eine Recherche im Archiv des soziokulturellen Zentrums Conne Island, welches Flugblätter, Veranstaltungsberichte, Artikel und Broschüren linken und antifaschistischen Ursprungs sammelt, durchgeführt und durch eine systematische Internetrecherche ergänzt. Leider fehlt die Betroffenenperspektive weitestgehend, da Schrifterzeugnisse aus dem Privatarchiv des Initiativkreises Antirassismus nur sehr vereinzelt Aufschluss geben können. Es handelt sich dabei um Briefe der Familie Kilade.

ihres Aktivismus in Deutschland. Grundlegend geht Wüstenberg davon aus, dass Erinnerung kein Top-down-Phänomen ist, das vorwiegend durch staatliche Geschichtspolitik geprägt ist, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungen. Erinnerungsakteur:innen – staatliche Institutionen, gesellschaftliche und wissenschaftliche Eliten, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen – ringen um die jeweilige Deutung der Vergangenheit und um ihre respektiven Entwürfe der Zukunft (vgl. Wüstenberg 2020: 37). Doch gerade die (konfliktvolle) Auseinandersetzung um Erinnerung sind für die Analyse wichtig, denn laut Wüstenberg (2020: 33) ist sie es, „die den normativen Wandel vorantreibt – und nicht die Erinnerung per se“.

Wüstenberg unterscheidet in der Theorie zwischen zwei Modi: der Erinnerungsarbeit und dem Erinnerungsprotest (vgl. 2020: 33). Erinnerungsarbeit umfasst unterschiedliche Formen der Praxis von Erinnerungsaktivist:innen: Versammlungen abhalten, Informationen sichern, in Archiven recherchieren sowie das Forschen und Erstellen unterschiedlichster Publikationen. Erinnerungsarbeit bleibt unkontrovers, solange sie mit den hegemonialen Erinnerungsnarrativen übereinstimmt bzw. diese nicht stört, weil sie von der Dominanzgesellschaft und Eliten aufgrund ihrer fehlenden Sichtbarkeit ignoriert werden kann (vgl. Wüstenberg 2020: 34).

Erinnerungsarbeit wird jedoch zu Erinnerungsprotest, wenn sie mit hegemonialen Erinnerungsnarrativen bricht und/oder sich öffentlichkeitswirksamer, teils umstrittener Taktiken sozialer Bewegungen bedient, um eine Reaktion zu provozieren. Dazu gehören Protestmärsche, Besetzungen, provokante Veröffentlichungen und Verlautbarungen sowie das eigenhändige Installieren oder Umwidmen von Gedenktafeln und Gedenkort (Wüstenberg 2020: 33 f.).

Dass öffentliche Erinnerung und die damit verbundenen Interpretationen der Vergangenheit gesellschaftlich umkämpft sind, bildet eine der Grundannahmen der Memory Studies⁶. Vor diesem Hintergrund lassen sich Erinnerungskulturen als durch Machtstrukturen geprägte und historisch gewordene verstehen, denn wie Knigge (2005: 1) betont: „historische Erinnerung ist im Gegensatz zu allen hehren Begründungen immer auch mehr oder minder funktionalistisch durchformt“.

2 Skinheads in Ostdeutschland – Entpolitisierung rechter Gewalt in Leipzig in den frühen 1990er-Jahren

Von 1991 bis 1996 fielen in Leipzig sechs Menschen – Gerhard Sch. (43 Jahre, †1991), Klaus R. (43 Jahre, †1994), Gerhard Helmut B. (19 Jahre, †1995), Horst K. (43 Jahre, †1995), Bernd Grigol (43 Jahre, †1996) und Achmed Bachir (30 Jahre, †1996) – rechten Tätern zum Opfer oder die Tatumstände weisen zumindest darauf hin, dass es sich um eine sozialdarwinistische oder homosexuellenfeindliche Motivation handelt (vgl. Billstein 2020). Bis heute ist nur Bachir staatlich als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt (vgl. Blickle et al. 2020; Kleffner et al. 2020).

Vor allem an der Auseinandersetzung mit den Morden an Gerhard Sch. und Klaus R. wird deutlich, dass Justiz wie auch Presse besonders in den frühen 1990er-Jahren von einem

6 Zum Forschungsstand und Stand der Disziplin siehe Segesten/Wüstenberg 2017.

entpolitisierten Verständnis rechter Gewalt geprägt sind. Die Täter werden zwar als „Skins“ und „Skinheads“ bezeichnet, ein möglicher politischer Hintergrund der Taten wird jedoch nicht thematisiert. So deuten die *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) und die *Bild Zeitung Leipzig* zwar den rechten Hintergrund der Täter durch die Beschreibung ihres Aussehens an, dessen politische Bedeutung wird jedoch nicht benannt, wie im Artikel „Nach brutalem Mord – Lebenslänglich für zwei Skinheads?“ (Wittig 1997). Diese Beobachtung deckt sich auch mit der historischen Forschung. Nach dem Mauerfall etablierte sich eine wirkmächtige Interpretation rechter Gewalt als vordergründiges Problem der neuen Bundesländer und ihrer perspektivlosen Jugend (vgl. Steuwer/Kössler 2023: 33 f.).

In der Analyse des Korpus konnte keine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Tötungsdelikte oder eine öffentliche Erinnerung an die Todesopfer nachgewiesen werden. Erst mit den Morden an Bernd Grigol und Achmed Bachir im Oktober 1996 ändert sich dies. Dieser Wandel soll im Folgenden exemplarisch am Mord an Achmed Bachir dargestellt werden.⁷

3 Beginnende zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit tödlicher, rechter Gewalt: der Mord an Achmed Bachir 1996

Am 23. 10. 1996 betraten Norman Eisenschmidt (18 Jahre) und Daniel Zinsmeyer (20 Jahre) alkoholisiert den Obstladen „Fruchtparadies“ auf der Karl-Liebknecht-Straße und beleidigten die Verkäuferinnen rassistisch. Achmed Bachir, der vor wenigen Monaten aus Syrien geflüchtet war, half seinem Freund, dem Ladenbesitzer, den er unentgeltlich unterstützte, eilte den Kolleginnen zur Hilfe und versuchte die Situation zu beruhigen. Daraufhin beleidigte Zinsmeyer Bachir rassistisch und erstach ihn anschließend (vgl. Kreuz 1997: 11).

Etwa ein Jahr später wurde der Prozess gegen die Täter vor dem Landgericht in Leipzig wegen gemeinschaftlichen Mordes eröffnet. Obwohl in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft und im späteren Prozessverlauf rassistische Äußerungen und Morddrohungen ausführlich zitiert wurden, fanden diese Äußerungen in den jeweiligen Plädoyers von Staatsanwaltschaft, Nebenklage⁸ und Verteidigung jedoch keine Beachtung (vgl. Bündnis gegen Rechts 1997: 6).

Beide Täter wurden zu Jugendhaftstrafen verurteilt, eine rechte Motivation ist im Urteil nicht zu finden, als Tatmotiv wurde angenommen, „[d]ie Angeklagten wären mit der Welt unzufrieden, der Mord sei der Höhepunkt ihrer Aggressivität gewesen“ (Liedtke 1997: 17).

7 Für den direkten Nachgang der Ermordung Bernd Grigols lassen sich im Korpus keine Formen öffentlicher Erinnerung nachweisen. Erst beim Prozess kam es durch das *Bündnis gegen Rechts* zu zwei Kundgebungen vor Gericht, bei der der juristische Umgang mit der Tat kritisiert wurde. Die Prozesse zu Bachir und Grigol fielen in den September 1997, diese zeitliche Verdichtung erzeugte weitere Aufmerksamkeit. Da der Fall Bachir im Zusammenhang der Ermordung Kilades 2010 wieder thematisiert wurde, konzentriert sich das folgende Kapitel auf den Fall Bachir und die gesellschaftliche Verarbeitung der Tat.

8 Ein nicht weiter bekannter Anwalt vertrat die Familie Bachirs als Nebenkläger. Auch die Nebenklage klammerte ein rassistisches Motiv aus, forderte aber in ihrem Plädoyer eine lebenslange Freiheitsstrafe.

3.1 Gesellschaftliche Auseinandersetzung nach dem Mord an Achmed Bachir

Aus der medialen Berichterstattung lässt sich rekonstruieren, dass die gesellschaftliche Anteilnahme groß war. In vielen Artikeln werden spontane Trauergesten beschrieben. Die *LVZ* titelte: „Tränen, Blumen und brennende Kerzen“ (Gießler 1996: 15). In weiteren Zeitungsberichten wird von mehreren spontanen als auch organisierten Trauerkundgebungen berichtet, teilweise mit anschließenden Demonstrationen in die Innenstadt. So folgten am 25. 10. 1996 um die 400 Menschen einem Demonstrationsaufruf der *antirassistischen initiative*. Auf den Transparenten war u. a. zu lesen: „Wenn keine Abschiebung, dann Mord“, und: „Wie lange bleiben Ausländer in diesem Land noch ungeschützt?“ (Krell 1996: 12). Einige Tage später demonstrierten wieder 300 Menschen, diesmal einem Aufruf der *Gesellschaft für Völkerverständigung* folgend (vgl. Gießler 1996: 15). Nach der Tat wurden außerdem für die Familie des Getöteten in Syrien Spenden gesammelt (vgl. Bergmann/Achenbach 1996: 10).

Die Transparente zeigen, dass es im Nachgang der Tat Interpretationen und Einordnungen um die Ermordung Achmed Bachirs gab, die sich deutlich vom Narrativ unterscheiden, welches von der *LVZ* vertreten und vom Urteil am Landgericht später indirekt bekräftigt wurde. Die *LVZ* beschreibt die Tat als tragisch und sinnlos, begangen von zwei jungen und alkoholisierten Männern – das Tatmotiv Rassismus spielt jedoch keine Rolle. So kommentierte Seidler (1996: 15): „Der Tod des jungen Syrsers ist schlimm genug, er sollte nicht auch noch politisch instrumentalisiert werden.“ In dieser Lesart wird die Ermordung Bachirs nicht als politische, sondern als tragische Tat betrachtet, bei der sich eine Politisierung jedoch verbiete. Der Ausländerbeauftragte der Stadt Leipzig, Stojan Gugutschow, äußerte sich ähnlich, denn „[e]s hätte auch irgendeinen Deutschen treffen können“ (Braumann 1996).

Deutlich wird diesem hegemonialen Narrativ in Artikeln in Leipziger linken Szenemagazinen wie dem *Klarofix* und *CEE IEH* widersprochen. Im *Klarofix* wird deutlich Kritik an der Staatsanwaltschaft geübt: „Die Statistiken werden, [sic!] um rechtsradikale Morde bereinigt werden. Und den Mördern wird bedeutet, daß sie, abgesehen von ihrer Gewalttätigkeit, ganz normale Deutsche sind.“ (Unbekannt 1997: 17) Es ging folglich darum, diese Morde nicht als Problem einiger randständiger und fehlgeleiteter Individuen zu sehen, sondern als gesamtgesellschaftliches Problem eines „rassistischen deutschen Alltags“ (Eine antirassistische Gruppe 1997), welcher gesamtgesellschaftliche Reaktionen verlange.

In der Folge organisierten *antirassistische Initiativen* beim Prozessauftakt am 29. 09. 1997 vor dem Leipziger Landgericht eine Kundgebung „gegen die Verschleierung rassistischer und nationalistischer Gesinnung“ (Antirassistische Initiativen 1997) und protestierten gegen das Ausblenden eines rassistischen Motivs durch die Justiz – öffentlichkeitswirksam inszenierten sie einen Erinnerungsprotest. Sowohl die unmittelbar nach dem Mord einsetzende gesellschaftliche Anteilnahme als auch die politische Thematisierung durch antirassistische Gruppen ebnete jedoch schnell ab.

Aufmerksamkeit erlangte der Fall Achmed Bachir erst wieder 2010. Nach dem rassistisch motivierten Mord an Kamal Kilade fanden auch in den Jahren danach Gedenkveranstaltungen für Bachir am Tatort statt. Seit 2020 existiert eine illegal angebrachte Plakette am Tatort – nach Wüstenberg eine Form des Erinnerungsprotests –, auf der Bachir und seiner Ermordung gedacht wird. Dort wird Kritik an städtischen Vertretern geäußert: „Vertreter:innen der Justiz und der Stadt Leipzig leugnen über viele Jahre den rechtsmotivierten Tathintergrund.“ Nach der Ermordung Achmed Bachirs und Bernd Grigols 1996 beginnt die zivilgesellschaftliche

Auseinandersetzung mit Todesopfern rechter Gewalt. Im folgenden Kapitel wird dargestellt, wie Erinnerungsaktivist:innen nach der Ermordung Kilades 2010 daran anknüpfen.

4 Pluralisierung zivilgesellschaftlicher Erinnerungskämpfe nach dem Mord an Kamal Kilade

Kamal Kilade wurde am 23. 10. 2010 von zwei Neonazis ermordet. Marcus Eckhardt, in der Neonazi-Szene aktiv und wegen verschiedener Delikte fast ununterbrochen in Haft, wurde nur wenige Tage zuvor aus der Haft entlassen. Daniel Kappe war als Neonazi in der Kameradschaft Aachener Land organisiert und mehrmals vorbestraft. Vor Gericht sagten sie aus, dass sie sich bewusst auf die Suche nach „Feinden wie Junkies oder Ausländer“ (Unbekannt 2011: 28) begeben hätten. Sie trafen auf Kamal Kilade und verwickelten ihn in einen Streit, bei dem Eckhardt Kilade erstach.

Wenige Tage nach der Tat, am 27.10., verlautbarte die Staatsanwaltschaft: „Wir haben keine sicheren Hinweise darauf, dass die Tat ausländerfeindlich motiviert war, können es aber auch nicht ausschließen. Hinweise auf Drogendelikte gibt es nicht.“ (Döring 2010c: 19) Dies verwundert aus mehreren Gründen: Beide Angeklagte waren vorbestrafte Neonazis, ihre Körper waren von neonazistischen Tätowierungen übersät, sie traten in neonazistischer Kleidung vor den Haftrichter und bei Kilade handelte es sich um eine Person of Colour.

Am 08.02.2011 erhob die Staatsanwaltschaft Leipzig Anklage wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung. Von dem Vorwurf des gemeinschaftlichen Mords ließ die Staatsanwaltschaft ab, da „sich keine hinreichenden Anhaltspunkte auf ein ausländerfeindliches Motiv des Angriffs“ (Kreuz 2011: 19) ergeben hätten. Die Staatsanwältin Katrin Minkus verlas die Anklageschrift und kam zu dem Schluss: „Vielmehr sei wohl die starke Alkoholisierung der beiden Beschuldigten der Hintergrund.“ (Kreuz 2011: 19)

Dies kritisierten sowohl Kilades Familie, politische Beobachter:innen als auch Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Der Ausländerbeauftragte Sachsens, Martin Gillo, bezeichnete die Anklage als „relativ bescheiden“ (Lasch 2011a). Auch der Nebenanklageanwalt Sebastian Scharmer, der die Familie Kilades vertrat, widersprach: „Es ist nach Aktenlage aus den äußeren – und objektivierbaren – Umständen kein anderes Motiv erkennbar als eine aus rassistischer Gesinnung der Angeklagten resultierende schwere Gewalttat.“ (Kreuz 2011: 19)

Das Landgericht Leipzig verurteilte Eckhardt wegen Mordes zu 13 Jahren Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung. Sein Mittäter Kappe wurde zu drei Jahren Haft wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurteilt. In seinem Urteil würdigte das Landgericht die gewissenhafte Beweisführung der Nebenklage und widersprach der Staatsanwaltschaft: Es handele sich um einen rassistischen Mord und nicht einen zufälligen Totschlag (Lasch 2011b).

4.1 Gesellschaftliche Auseinandersetzung nach dem Mord an Kamal Kilade

Die *LVZ* berichtete wenige Tage nach der Tat über die gesellschaftliche Anteilnahme: „Sein Tod löste eine Welle der Anteilnahme aus. Freunde richteten in der Nähe des Tatorts eine Gedenckecke ein mit Blumen, Bildern und Briefen.“ (Döring 2010a: 19) Verschiedene Akteur:innen organisierten Veranstaltungen, die den Tod Kilades thematisierten. So zogen am

01.11.2010 500 Personen durch die Innenstadt zur Trauerfeier und Beisetzung Kilades am Nordfriedhof (vgl. Döring 2010b: 1).

Der Trauerzug, den die Familie und Freund:innen des Getöteten anführten, wurde mehrfach rassistisch angefeindet (vgl. El-G. 2013: 1). Doch nicht nur auf der Straße schlug Kilades Angehörigen Rassismus entgegen. Auch die *LVZ* suggerierte eine Mitschuld Kilades: „Doch auch das Opfer ist kein unbeschriebenes Blatt: Kamal K. ist wegen Körperverletzung, Bedrohung und Beleidigung polizeibekannt.“ (zit. n. Chronik.LE 2010) Laut dem Dokumentationsprojekt *chronik.LE* habe dies kolportiert, dass Opfer habe eine Mitschuld an seiner Tötung (Chronik.LE 2010).

Am 04.11.2010 nahmen 1.200 Menschen an einer weiteren Demonstration unter dem Motto „Das Problem heißt Rassismus“ teil, die vom *Initiativkreis Antirassismus* (2010: 1) und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen organisiert wurde. Im Aufruf heißt es: „Er ist nunmehr der sechste Mensch, der allein in Leipzig seit 1990 durch nazistisch und rassistisch motivierte Gewalt um Leben gekommen ist, und wir werden nicht zulassen, dass Kamal hinter dieser traurigen Statistik verschwindet.“ (Initiativkreis Antirassismus 2010: 1)⁹ Außerdem wird die Rolle der Staatsanwaltschaft kritisiert, da sie kein rassistisches Motiv erkennen könne, ebenso wie die *LVZ*, die deren Einschätzung unkritisch übernehme (vgl. Initiativkreis Antirassismus 2010: 2).

Andere Organisationen wie die Opferberatung der *RAA Leipzig Verein für interkulturelle Arbeit, Jugendhilfe und Schule e.V. (RAA)* oder der *Initiativkreis Antirassismus* drückten ihre Solidarität mit der Familie aus und versuchten, wo möglich, zu unterstützen (vgl. Döring 2011b: 19). Der Ausländerbeauftragte Sachsen Martin Gillo forderte er alle Leipziger:innen auf, die Trauerfeier für Kilade zu besuchen (vgl. Döring 2010c: 15). Diese Erinnerungsakteur:innen bemühten sich nicht nur um Unterstützung für die Hinterbliebenen, sondern auch um eine kritische Öffentlichkeit. Veranstaltungen (Initiativkreis Antirassismus, 2010; Migrantenbeirat der Stadt Leipzig 2011), ein Spendenaufruf (RAA Sachsen e.V. 2011), Interviews und Publikationen (z. B. Radio Corax 2010) folgten.

Im Gegensatz zur großen zivilgesellschaftlichen Anteilnahme in den Tagen nach der Tat erstaunt die zurückhaltende Reaktion der Stadt Leipzig und ihrer Repräsentant:innen. Die Familie Kilade wünschte sich in einem offenen Brief direkte Worte des Beileids durch die Stadt Leipzig (vgl. Nagel/Eichhorn 2011: 1). Der Oberbürgermeister Burkhard Jung wandte sich in einem Beileidsschreiben an den Vorsitzenden des *Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V.* und an den Sprecher des *Sächsischen Flüchtlingsrat* (vgl. DIE LINKE 2011: 1). Dass der *Zentralrat der Muslime* bei der Ermordung eines koptischen Christen adressiert wurde, legt den Verdacht einer rassistischen Typisierung nahe.

Die zurückhaltende Reaktion der Stadt und ihrer Repräsentant:innen war ein Ausgangspunkt für die weitere zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung. Im nächsten Kapitel wird nachvollzogen, wie verschiedene Erinnerungsakteur:innen eine anhaltende Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt etablierten.

9 Zu diesem Zeitpunkt gab es nur eine rudimentäre Auseinandersetzung mit Todesopfern rechter Gewalt in Leipzig. Das Wissen hierzu fehlte schlicht, dies änderte sich erst mit der Veröffentlichung der Ausstellung „Die Verschwiegenen Toten – Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig“ vom Initiativkreis Antirassismus.

4.2 Erinnerungsarbeit und Erinnerungsprotest: Anhaltende Auseinandersetzung mit Todesopfern rechter Gewalt in Leipzig

Am 24.04.2011 forderte ein Bündnis, bestehend aus der Familie Kilades, Stadträt:innen, Mitgliedern des Migrantenbeirates und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Burkhard Jung die Einrichtung eines öffentlichen Gedenkorts für Kamal Kilade und andere Opfer rechter Gewalt (vgl. Nagel/Eichhorn 2011). Nachdem der Brief unbeantwortet blieb, bildete sich die *AG Erinnerungskultur für Opfer rechter Gewalt*, um ein Konzept für eine würdige Erinnerungskultur an Todesopfer rechter Gewalt zu konzipieren. Teil dieser AG waren verschiedene Personen des Migrantenbeirats und der Stadtratsfraktionen, aber auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen wie die Opferberatung RAA, das *Zentrum für demokratische Bildung* und der *Initiativkreis Antirassismus* (vgl. AG Erinnerungskultur des Migrantenbeirats der Stadt Leipzig 2012: 3).

Zusammen mit der Familie Kilades erarbeitete die AG einen Entwurf für einen Gedenkstein an Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig in der Form eines Buches, der am Ort des Geschehens errichtet werden sollte (vgl. AG Erinnerungskultur des Migrantenbeirats der Stadt Leipzig 2012). Im Februar 2013 wurde das Konzept durch die Stadtverwaltung abgelehnt, da sie die Installation „unter künstlerischen Aspekten nicht mittragen könne“ („Rassismus tötet!“ Leipzig 2017). Nach öffentlichem Druck traf sich Oberbürgermeister Jung mit der Familie und schaltete sich zugunsten der Errichtung ein. Am dritten Jahrestag konnte der Gedenkstein schließlich eingeweiht werden.

Doch die Bemühungen um einen Gedenkstein waren nicht die einzige Auseinandersetzung mit der Erinnerung an rechte Gewalt in Leipzig. Der *Initiativkreis Antirassismus* begann nach seiner Gründung 2010 eine tiefgreifende Recherche zu rechter Gewalt und deren Opfern in Leipzig (vgl. Mosig 2020). Dabei werteten sie systematisch Zeitungsartikel für den Zeitraum ab 1990 aus und stießen dabei auf neun Todesopfer rechter Gewalt und einen weiteren Verdachtsfall. Dies kann nach Wüstenberg als Erinnerungsarbeit klassifiziert werden.

Dieses Wissen wurde durch eine Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich und war der Versuch, in Leipzig ein historisches Bewusstsein für die Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 zu schaffen. So schrieben die Verantwortlichen der Ausstellung „Die Verschwiegenen Toten. Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990“ (2014): „Diese Ausstellung möchte deshalb hinschauen und das Problem klar benennen. [...] Die vielen Toten rechter Gewalt verpflichten zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Ursachen rechter und rassistischer Gewalt.“ Die 2014 eröffnete Ausstellung wurde seitdem an verschiedenen Orten gezeigt und von der Stadt Leipzig gefördert (vgl. Dezernat Kultur 2020: 1).

Ein anderes Beispiel für die nach dem Mord an Kamal einsetzende Erinnerungsarbeit ist der Gedenkkongress mit dem Titel „NSU-Gedenken im Kontext bisheriger Gedenk- und Erinnerungspolitik nicht-staatlicher Gruppen an rechte Morde und Gewalttaten“. Der Kongress sollte dazu dienen, verschiedene nichtstaatliche Erinnerungsaktivist:innen zusammenzubringen, über die Möglichkeiten öffentlicher Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt zu diskutieren und über Formen der Erinnerungsarbeit und des Erinnerungsprotestes zu berichten, und wurde von zwei dem Selbstverständnis nach antifaschistischen Gruppen organisiert (vgl. Pogrom 91/„Rassismus tötet!“ Leipzig 2015).

Doch auch Arten des Erinnerungsprotestes sind zu erkennen: Um das Todesdatum von Kamal Kilade kommt es jedes Jahr zu verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen. Seit diesem Mord ist eine damit einsetzende, aber auch anhaltende Auseinandersetzung mit

rechter Gewalt in Leipzig zu beobachten, die die Kontinuität und gesellschaftliche Dimension rechter Gewalt betont: „Die rechten Morde in Leipzig und irgendwo in Deutschland sind keine Einzelfälle, sondern stehen für das gesellschaftliche Klima seit Jahrzehnten in diesem Land.“ („Rassismus tötet!“ Leipzig 2020) Außerdem wurden in den Aufrufen zur Demonstration aktuelle Diskurse rund um rechte Gewalt aufgegriffen. So wurden der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), 2012 das Gedenken an Rostock-Lichtenhagen und die darauffolgende Asylrechtsverschärfung thematisiert (vgl. Kampagne „Rassismus tötet!“ 2012). Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Todestag Kilades in Leipzig stellvertretend als Gedenktag für alle Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig fungiert und die einzelnen Taten in Zusammenhang gestellt werden.

5 Diskussion

Auslöser für die gesellschaftliche Auseinandersetzung und Erinnerungsaktivismus zu rechter Gewalt in Leipzig war der Mord an Achmed Bachir (1996). Während auch der homosexuellenfeindliche Mord an Bernd Grigol zivilgesellschaftlich thematisiert wurde und es vor Gericht zu Erinnerungsprotest kam, konzentrierte sich der Erinnerungsaktivismus in Leipzig vor allem auf Achmed Bachir und Kamal Kilade – die Opfer rassistischer Gewalt wurden. Andere Tatmotive wie Homosexuellenfeindlichkeit und Sozialdarwinismus waren und sind bis heute weniger Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung.¹⁰

Während der Erinnerungsaktivismus im direkten Nachgang der Morde an Bachir und Kilade durchaus von der breiten Zivilgesellschaft getragen wurde, sind es beim Prozess allen voran die Familien der Hinterbliebenen¹¹ und im Selbstverständnis antifaschistische Gruppen, die Erinnerungsarbeit und Erinnerungsprotest – sie recherchieren, begleiten den Prozess, schaffen eine kritische Öffentlichkeit – leisten. Gerade die Nebenklage und eine kritische Prozessbegleitung ist bei Prozessen rechter und rassistischer Gewalt von großer Bedeutung, wie beim NSU-Prozess (vgl. NSU-Watch 2020: 21–50) und dem Prozess nach dem Halle-Attentat (vgl. Brinkmann/Krüger/Schreier 2022) deutlich wurde. Laut Kati Lang (2018: 134) ist es oftmals der Nebenklage überlassen, „zur Aufklärung der Tatmotivation beizutragen“ und somit „die Stimme der Betroffenen“ (Lang 2018: 137) zu sein. Ebenjene Rolle nahm die Nebenklage im Fall Kilades ein und trug dazu bei, dass das Tatmotiv Rassismus durch das Urteil bestätigt wurde.

Durch Erinnerungsprotest in Form von Demonstrationen und Kundgebungen, Prozessbegleitungen und Pressemitteilungen gelang es Erinnerungsaktivist:innen wiederholt, den Diskurs zu beeinflussen, was sich in der regionalen Berichterstattung nachvollziehen lässt. In der *LVZ* werden bspw. in der Berichterstattung über den Mord an Kilade ausführlich die Statements des Gegenprotestes zitiert, die den Ermittlungsbehörden vorwerfen, die Tathintergründe zu verschleiern (vgl. Döring, 2011a: 17). Gleichzeitig lässt sich in der Berichterstattung der *LVZ* und der *BILD*, sowohl bei Bachir als auch Kilade, eine unkritische Übernahme der Darstellungen der Ermittlungsbehörden bis hin zu einer Reproduktion rassistischer Argumentationen nachvollziehen. In einer Studie zur Berichterstattung über den NSU-

10 Dies spiegelt sich auch in der hier aufgeführten Forschungsliteratur wider, die vor allem rassistische und antisemitische Gewalt zum Gegenstand hat, Sozialdarwinismus aber kaum behandelt.

11 Beide Familien traten im Prozess die Nebenklage an.

Komplex wird ebenjene unkritische Übernahme polizeilicher Quellen problematisiert, da diese „Autorität und Glaubwürdigkeit [genossen], ihre Deutungsmuster und Mutmaßungen wurden nicht oder nicht konsequent hinterfragt“ (Virchow/Thomas/Grittmann 2014: 10). Im Fall von Kilade und vielen anderen Betroffenen rechter Gewalt findet eine Täter-Opfer-Umkehr statt, Betroffene berichten von einer weiteren Stigmatisierung und Traumatisierung (Nobrega/Koçak 2021: 29 f; Nobrega/Arslan 2021: 63 f.) Kilades Mutter berichtet: „Seit Kamals Todestag werden wir behandelt, als wären wir die Täter und nicht die Opfer der rassistischen und faschistischen Ideologie.“ (El-G., Anwar 2013: 1)

Auch die Stadtverwaltung und ihre Vertreter:innen wurden von den Erinnerungsaktivist:innen kritisiert. Die Analyse der Reaktion der Stadt und ihrer Vertreter:innen auf den Mord an Achmed Bachir zeigt, dass der Umgang mit den Todesopfern rechter Gewalt in Leipzig lange Zeit von Verleugnung geprägt war. Über den Betrachtungszeitraum von 30 Jahren lässt sich eine mit dem Mord an Kilade beginnende Veränderung erkennen: Die Existenz rechter Gewalt in Leipzig und deren Todesopfer wurden von der Stadt nun nicht mehr abgestritten und nach anfänglichen Widerständen durch die Stadt und ihre Institutionen wurde – auch durch den Druck des Erinnerungsprotests – die Errichtung eines Gedenkortes unterstützt. Zudem wurden Projekte, zum Beispiel die bereits genannte Ausstellung „Die Verschwiegenen Toten. Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig“, gefördert. Somit sind Anfänge der Institutionalisierung zu erkennen. In anderen Fällen wie der Auseinandersetzung mit dem NSU ist dies schon fortgeschritten, wie die Eröffnung des Interim-NSU-Dokumentationszentrums in Chemnitz verdeutlicht. Diese Entwicklung – von zivilgesellschaftlicher Gegenkultur hin zu Formen der Institutionalisierung – hat Wüstenberg schon für die Entwicklung des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus nachgewiesen (Wüstenberg 2020).

Im Unterschied zu den Verdachtsfällen und Todesopfern rechter Gewalt vor der Ermordung von Kamal Kilade 2010 wurde dem Tatmotiv Rassismus in der Prozessberichterstattung Relevanz zugesprochen. Die Täter und ihr Umfeld wurden als Neonazis und Rechtsextreme bezeichnet und nicht mehr wie in den 1990er-Jahren als unpolitische Skinheads. Diese Diskursverschiebung in Leipzig weist auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung in der Wahrnehmung und im Umgang mit extrem rechter Gewalt hin, die nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 und der unermüdlichen Arbeit von Erinnerungsaktivist:innen und Hinterbliebenen weitere Relevanz erhält (vgl. Nobrega/Quent/Zipf 2021: 18, Perinelli 2020: 354).

Grundlegend für die Änderung des lokalen Diskurses im Vergleich der Fälle von 1996 und 2010 ist auch die fortwährende Erinnerungsarbeit. So schuf die Ausstellung des *Initiativkreises Antirassismus* überhaupt erst den nötigen Wissensstand, um über Verdachtsfälle und Todesopfer rechter Gewalt zu sprechen. Während 1996 über einen isolierten Fall gesprochen wurde, ist das Wissen über die Todesopfer rechter Gewalt nach dem Mord an Kamal Kilade umfangreicher. Der Gedenkkongress 2015 stellte ein Beispiel der theoretischen Verständigung über die Gedenkpraxis nichtstaatlicher Gruppen an rechte Morde und Gewalttaten dar. Der Leipziger Kongress lässt sich deutschlandweit in eine Tendenz der Verständigung und Bündnisarbeit einordnen. In diesem Kontext ist etwa das erste NSU-Tribunal zu nennen, das 2017 in Köln stattfand: Hier nahmen sich Betroffene, nicht nur des NSU, den Raum, über ihre Erfahrungen zu sprechen, gesellschaftliche Verantwortung einzufordern und eine solidarische Gegenöffentlichkeit zu schaffen (vgl. Perinelli 2020: 349).

Im Fall des Mordes an Kamal Kilade zeigt sich, dass sich Erinnerungsaktivismus diversifiziert hat: von der Familie Kilades, dem Migrantenbeirat, dem *Initiativkreis Antiras-*

sismus, chronik.LE sowie der Opferberatung RAA über Abgeordnete des sächsischen Landtags bis hin zu sich als antifaschistisch verstehenden Gruppen wie der *antirassistischen Initiative Leipzig* und „*Rassismus tötet!*“ Leipzig. Perinelli (2020: 345) zufolge zeichnet sich diese Tendenz der Diversifizierung und Multiplizierung des Erinnerungsaktivismus in ganz Deutschland ab, bei dem „migrantisch situierte[s] Wissen zum Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit dem Kampf um Erinnerung [wurde]“. Dies führt er auf die andauernden Kämpfe von Erinnerungsaktivist:innen zurück, die sich u. a. für die Aufklärung und Erinnerung an die Betroffenen des NSU einsetzen.

Während im Nachgang der Ermordung Bachirs durch Erinnerungsprotest in Form von Pressemitteilungen, Kundgebungen und Demonstrationen eine Gegenöffentlichkeit geschaffen wurde, die aber nach dem Prozess endete, verstetigten Erinnerungsaktivist:innen in der Auseinandersetzung mit dem Mord an Kamal Kilade ihre Erinnerungsarbeit und ihren Erinnerungsprotest. So wurden an den Jahrestagen der Ermordung Demonstrationen und Kundgebungen abgehalten, die auch die anderen Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig thematisieren und sie in eine Kontinuität rechter Gewalt weit über Leipzig hinaus einordnen. In den Aufrufen werden aktuelle Debatten um den NSU, aber auch andere Jahrestage wie die rassistischen Angriffe von Rostock-Lichtenhagen 1992 aufgegriffen. Diese Bezugnahme weist auf ein nach der Selbstenttarnung des NSU entstandenes Netzwerk an Erinnerungsaktivist:innen hin, die ihre einzelnen Fälle in eine Kontinuität rechter Gewalt in Deutschland stellen. Perinelli (2020: 353) spricht in diesem Zusammenhang von Erinnerungskämpfen von „bisher nicht gekannte[r] Qualität und Stärke“.

Auch in Leipzig werden die einzelnen Todesopfer rechter Gewalt in ihrem Zusammenhang betrachtet, so fanden auch für andere Todesopfer in den vergangenen Jahren vermehrt Aktionen statt. 2016, am 20. Jahrestag der Ermordung Grigols (vgl. Antifa in Leipzig 2016) und Bachirs, wurden Gedenktafeln in der Nähe der Tatorte angebracht. Den beiden 1995 Getöteten Klaus R. und Gerhard Helmut B. wurde 2020 in Form von Plakaten und Aufklebern in der unmittelbaren Nähe der Tatorte gedacht (vgl. Schlehahn 2024). Die angebrachten Erinnerungsplakate und -aufkleber beschreiben meist in wenigen Worten die Tat, weisen auf die rechte Tatmotivation hin und stellen den Namen des Getöteten in den Mittelpunkt. Eine anonym bleibende Gruppe, welche sich für die Gedenktafeln verantwortlich zeigt, erklärt dies folgendermaßen: „Wir möchten andere Menschen und Initiativen dazu ermutigen, sich mit rechter Gewalt und ihren Folgen auseinanderzusetzen und selber aktiv zu werden – auch im unmittelbaren Wohnumfeld. Wir haben für uns entschieden, nicht mehr auf die Stadt Leipzig zu warten, sondern sind eigenständig aktiv geworden.“ (Schlehahn 2024) Durch diesen Erinnerungsprotest werden auf subtile Weise die Namen der Opfer und die Erinnerung an ihre Ermordung, für die im Stadtbild weitestgehend keine Hinweise existieren, in den öffentlichen Raum gebracht.

6 Fazit

Alle diese eng miteinander verwobenen Einzelerkenntnisse verweisen auf eine zentrale Feststellung: Das Erinnern und Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig von 1990 bis 2020 hat eine Entwicklung von Marginalisierung hinzu einer breiteren gesellschaftlichen

Thematisierung durchlaufen. Diese Entwicklung lässt sich nur durch den anhaltenden zivilgesellschaftlichen Erinnerungsaktivismus verstehen. Es sind nämlich gerade Erinnerungsaktivist:innen – Hinterbliebene, Betroffene und Aktivist:innen –, die den Wandel vorantreiben, und dies im Spannungsverhältnis zu staatlichen und städtischen Institutionen. Der juristische, journalistische und städtische Umgang mit rechter Gewalt war für Erinnerungsaktivist:innen sowohl Abgrenzung als auch Projektionsfläche und zugleich Adressat ihrer Forderungen.

Die Ergebnisse dieser lokalhistorischen Studie lassen sich nicht isoliert betrachten, sondern sind eng mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und erinnerungsaktivistischen Aushandlungen verwoben. Dies zeigt sich nicht nur in den Parallelen zwischen den hier untersuchten rechten Morden mit anderen Taten rechter Gewalt und rechten Terrors, sondern auch in der wechselseitigen Bezugnahme. In den letzten Jahren sind vielfältige Vernetzungen zwischen Erinnerungsaktivist:innen in Deutschland entstanden. Die Art und Weise, wie in Leipzig erinnert wird, verdeutlicht eine größere Dynamik – etwa die veränderte Wahrnehmung Deutschlands als Migrationsgesellschaft, die zunehmende erinnerungsaktivistische Thematisierung rechter Gewalt und das Einfordern von opferzentrierten Perspektiven (vgl. Perinelli/Lierke 2020).

Gedenken an rechte Gewalt war lange und ist bis heute eine Lücke in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung – nicht nur in Leipzig. Rechte Gewalt stellt eine erhebliche gesellschaftliche Bedrohung dar. Um dieser Gefahr wirksam zu begegnen, sind fundiertes Wissen, gesellschaftliche Verantwortung und konsequente Maßnahmen erforderlich. Gerade deswegen ist das Gedenken an diese Taten so wichtig, denn nur die informierte und selbstkritische Erinnerung kann dazu beitragen, dass sich eine solche Tat nicht wiederholt. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung könnte ein Anfang sein.

Literaturverzeichnis

- Billstein, Thomas (2020). *Kein Vergessen: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945*. Münster: Unrast.
- Blickle, Paul; Jansen, Frank; Radke, Johannes; Stahnke, Julian; Staud, Toralf & Venohr, Sascha (2020). *Todesopfer rechter Gewalt: 187 Schicksale*. Zeit Online. Zugriff am 26. Juni 2025 unter www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com.
- Brinkmann, Christian; Krüger, Nils, & Schreiter, Jakob (Hrsg.). (2022). *Der Halle-Prozess: Hintergründe und Perspektiven*. Leipzig: Spector Books.
- Demirtaş, Birgül; Schmitz, Adelheid; Gür-Şeker, Derya & Kahveci, Çağrı (Hrsg.). (2023). *Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag: Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung*. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839464977-001>.
- Dutceac Segesten, Anamaria, & Wüstenberg, Jenny (2017). *Memory studies: The state of an emergent field*. *Memory Studies*, 10(4), 474–489. <https://doi.org/10.1177/1750698016655394>.
- Fischer, Gabriele (2021). Wenn erinnern stört: Wie ein rechtsextremer Mord in Baden-Württemberg aus dem hegemonialen Diskurs verschwindet. In Julian Sehmer; Stephanie Simon; Jennifer Ten Elsen & Felix Thiele (Hrsg.), *Recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen*. Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32560-2_12.

- Heinrich, Gudrun; Jünger, David; Plessow, Oliver & Sylla, Cornelia (Hrsg.). (2024). Kulturen des Verdrängens und Erinnerns: Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992. Berlin: Neofelis. <https://doi.org/10.52007/9783958084933>.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). (2016). Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lang, Kati (2018). Schutz von Menschenrechten oder „Gesinnungsjustiz“—Die Verfolgung von Hasskriminalität durch Behörden und Justiz. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), Wissen Schafft Demokratie: Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft—Schwerpunkt: Gewalt gegen Minderheiten. Berlin. <https://doi.org/10.5771/9783828871373-27>.
- Kleffner, Heike; Jansen, Frank; Radke, Johannes & Staud, Toralf (2020, 1. Oktober). Rechte Gewalt—Erstochen, erschlagen, verbrannt – 22 Verdachtsfälle. Zeit Online. Zugriff am 26. Juni 2025. www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/rechtsxtremismus-todesopfer-gewalt-verdacht.
- Knigge, Volkhard (2005). Gesellschaftsverbrechen erinnern. Zur Entstehung und Entwicklung des Konzepts seit 1945. In Volkhard Knigge (Hrsg.), Der Kommunismus im Museum: Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa. Köln: Böhlau. <https://doi.org/10.5771/9783835347915-315>.
- Kocyba, Piotr & Bohmann, Ulf (Hrsg.). (2024). Rechte Gewalttaten in Deutschland: Aufarbeitung und Gedenken im lokalen Kontext. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839472385-001>.
- Kopke, Christoph (2017). Gewalt und Terror von rechts in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In Christopher Kopke & Wolfgang Kühnel (Hrsg.), Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845286242-147>.
- Landwehr, Achim (2018). Historische Diskursanalyse. Frankfurt New York: Campus.
- Lierke, Lydia & Perinelli, Massimo (2020). Intro. In Lydia Lierke & Massimo Perinelli (Hrsg.), Erinnern stören: Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive. Berlin: Verbrecher Verlag. <https://doi.org/10.30820/9783837977714-327>.
- Mauerbach, Franka (2024). Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen. Plädoyer für eine Lokalgeschichte rassistischer Gewalt in Ost und West. In Gudrun Heinrich, David Jünger; Oliver Plessow & Cornelia Sylla (Hrsg.), Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen. Berlin. Neofelis. <https://doi.org/10.52007/9783958084933>.
- Nobrega, Onur Suzan & Koçak, Ferhat (2021). „Was ist eigentlich alles passiert, was wir nicht wahrgenommen haben?“ Wie Rechtsterrorismus und politischer Widerstand Ferat Koçaks Leben veränderten. In Onur Suzan Nobrega; Matthias Quent & Jonas Zipf (Hrsg.), Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839458631-003>.
- Nobrega, Onur Suzan; Kubaşık, Elif & Kubaşık, Gamze (2021). Es ist das Rechte eines jeden Menschen. In Onur Suzan Nobrega; Matthias Quent & Jonas Zipf (Hrsg.), Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839458631>.
- Nobrega, Onur Suzan; Quent, Matthias & Zipf, Jonas (2021b). Von München über den NSU bis Hanau. In Onur Suzan Nobrega; Matthias Quent & Jonas Zipf (Hrsg.), Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839458631-001>.
- NSU-Watch (2020). Aufklären und einmischen: Der NSU-Komplex und der Münchner Prozess. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Nobrega, Onur Suzan & Arslan, Ibrahim (2021). Seit Mölln, 23. November 1992. Ein drei Jahrzehnte langer Weg, auf dem nicht alle Wunden heilen. In Onur Suzan Nobrega; Matthias Quent & Jonas Zipf (Hrsg.), Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische

- und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839458631-002>.
- Perinelli, Massimo (2020). 30 Jahre NSU-Komplex—30 Jahre Migrantifa. Postmigrantisches Selbstbehauptung von Mauerfall bis heute. In Massimo Perinelli & Lydia Lierke (Hrsg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag. <https://doi.org/10.30820/9783837977714-327>.
- Schedler, Jan (2019). Rechtsterrorismus und rechte Gewalt: Versuch einer Abgrenzung. In Matthias Quent; Samuel Salzborn & Axel Salheiser (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie: Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft—Schwerpunkt: Rechtsterrorismus*. Berlin. https://doi.org/10.1007/978-3-658-00137-7_3.
- Steuwer, Janosch & Kössler, Till (2023). Gewalttaten, Gewaltdeutungen. Historische Perspektiven auf die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre. In Janosch Steuwer & Till Kössler (Hrsg.), *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*. Bonn: bpd. <https://doi.org/10.1515/9783839446379-007>.
- Virchow, Fabian; Thomas, Tanja & Grittmann, Elke (2015). „Das Unwort erklärt die Untat“ – Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik. *OBS-Arbeitsheft (79)*. <https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-2-138>.
- Wüstenberg, Jenny (2020). *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945*. Bonn: bpd.

Quellenverzeichnis

- AG Erinnerungskultur des Migrantenbeirats der Stadt Leipzig (2012). *Wege der Erinnerung – Kamal Kilade – Opfer neonazistischer Gewalt*. Privatarchiv Initiativkreis Antirassismus.
- Antifa in Leipzig (2016). Vor 20 Jahren: Homosexuellenfeindlicher Mord in Leipzig-Wahren. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://www.inventati.org/leipzig/?p=4307>.
- Antirassistische Initiativen (1997). Rechtsprechung gegenüber Diskriminierung blind – „Schwul“ oder Ausländer“ – Nichtdeutsch bleibt nichtdeutsch. Archiv Conne Island.
- Bergmann, Katharina & Achenbach, Björn (1996, Dezember). Das ist sein Schicksal. *Kreuzer Leipzig*. S. 10.
- Braumann, Marcel (1996, 27.10). Trauer nach Mord an Syrer: Vorwurf an Staatsanwaltschaft: Tatmotiv verschleiert. *Neues Deutschland*.
- Bündnis gegen Rechts (1997). Protokoll zum Prozeß gegen die Mörder von Achmed Bachir am Leipziger Landgericht vom 29.09.–07. 11. 1997. Privatarchiv Initiativkreis Antirassismus.
- Chronik.LE (2010). Junger Leipziger stirbt nach Messerattacke. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://chronikle.org/ereignisse/junger-leipziger-stirbt-messerattacke>.
- Dezernat Kultur (2020). Verwaltungsstandpunkt Nr. VII-A-00794-VSP-01. Zugriff am 31. Januar 2025 unter https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.3_Deiz3_Umwelt_Ordnung_Sport/Lokale_Agenda_21/Auwaldentwicklungskonzept-VII-A-00516-VSP-01.pdf.
- DIE LINKE. (2011). Antwort zur Anfrage Nr. V/OB 11 vom 25. 11. 2010 – Andenken an Opfer rechter Gewalt.
- Döring, Frank (2010a, 27.10.). Mord an jungem Iraker: Motiv weiter rätselhaft. Verdächtige vermutlich rechtsextrem – Zeugen der Tat können sich aber an keine ausländerfeindliche Provokation erinnern. *Leipziger Volkszeitung*, S. 19.
- Döring, Frank (2010b, 2.11.). Abschied von Kamal K.: Hunderte Leipziger erweisen in Leipzig ermordeten Iraker die letzte Ehre. *Leipziger Volkszeitung*, S. 1.

- Döring, Frank (2010c, 2.11.). „Das hätte jeden von uns treffen können.“ Mehr als 500 Menschen nehmen Abschied von ermordeten Iraker. Leipziger Volkszeitung, S. 15.
- Döring, Frank (2011a, 11./12.06.). Linke Szene mobilisiert für Kamal Prozess. Verschärfte Sicherheitsvorkehrung für Verhandlung am Landgericht. Leipziger Volkszeitung, S. 17.
- Döring, Frank (2011b, 18./19.06.). Anwaltssuche mit Initiativkreis – Linke unterstützen Familie von Kamal – Auch bei der Wahl des juristischen Beistandes. Leipziger Volkszeitung, S. 19.
- Eine antirassistische Gruppe (1997). Zwei rassistische Morde in Leipzig, die kaum jemanden interessieren. Redebeiträge zur Demonstration am 29. September 1997 und 20. 10. 1997. CEE IEH, #38.
- El-G., Anwar (2013). Brief der Mutter Kamal Kilades. Privatarchiv Initiativkreis Antirassismus.
- Gießler, Günther (1996, 27.10). Tränen, Blumen und brennende Kerzen. Mord im Gemüseladen bewegt viele Leipziger. Leipziger Volkszeitung, S. 15.
- Initiativkreis Antirassismus (2010). Nach dem Mord an Kamal: Aufruf zur Demonstration gegen Rassismus! Angst und Trauer überwinden – Zusammen gegen Rassismus kämpfen! Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://web.archive.org/web/20210919204515/http://initiativkreis.blogspot.de/demonstration-4-11/>.
- Kampagne „Rassismus tötet!“ (2012). Aufruf: Demo in Leipzig – Never forgive, Never forget – Remembering means fighting. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://www.rassismus-toetet-leipzig.org/index.php/niemand-ist-vergessen-nichts-ist-vergeben/>.
- Krell, Detlef (1996, 28.10.). „Sie hätten ihn kennenlernen sollen!“ Am letzten Mittwoch wurde Achmed Bachir erstochen. taz, S. 12.
- Kreuz, Sabine (1997, 7.10.). Gericht rekonstruierte Abend des Mordes. Kein Zeuge hat gesehen, wer Syrer im Gemüseladen erstach. Leipziger Volkszeitung, S. 11.
- Kreuz, Sabine (2011, 19.06.). Mord aus Fremdenhass? Auftakt in Prozess um Tötungsverbrechen an 19-Jährigen Iraker. Leipziger Volkszeitung, S. 19.
- Lasch, Hendrik (2011a, 18.06.). Stich aus Überzeugung. Prozessauftritt um Tod von Kamal K. – Nebenklage sieht Nazi-Mord. Neues Deutschland. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://www.nd-aktuell.de/artikel/200084.stich-aus-ueberzeugung.html?sstr=Kamal|Leipzig>.
- Lasch, Hendrik (2011b, 9.07.). Kamal passte ins Feindbild. Landgericht Leipzig findet deutliche Worte für rassistischen Mord. Neues Deutschland. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://www.nd-aktuell.de/artikel/201735.kamal-passte-ins-feindbild.html?sstr=Kamal|Leipzig>.
- Liedtke, M. (1997, 8.11.). Gestern wurden am Leipziger Landgericht die Urteile im Prozeß um die Tötung eines 30jährigen Syrers gesprochen: Neuneinhalb Jahre Haft für Mord im Gemüseladen. Leipziger Volkszeitung, S. 17.
- Migrantenbeirat der Stadt Leipzig (2011). Workshop: Formen und Orte des Gedenkens an die Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://web.archive.org/web/20120131174005/http://initiativkreis.blogspot.de/2011/11/18/workshop-formen-und-orte-des-gedenkens-an-die-opfer-rechter-gewalt-in-leipzig-seit-1990/#more-63>.
- Mosig, Luise (2020, 23.10.). Alle Jahre wieder: Leipzig ringt um seine Erinnerungskultur für Todesopfer rechter Gewalt. Leipziger Internet Zeitung. Zugriff am 31.01.2025 unter <https://www.l-iz.de/politik/leipzig/2020/10/Alle-Jahre-wieder-Leipzig-ringt-um-seine-Erinnerungskultur-fuer-Todesopfer-rechter-Gewalt-355206>.
- Nagel, Juliane & Eichhorn, Diana (2011). Offener Brief: Gedenkort für Kamal K. und die anderen Opfer rechter Gewalt in Leipzig. Privatarchiv Initiativkreis Antirassismus.
- Pogrom 91 & „Rassismus tötet!“ Leipzig (2015). Pressemitteilung vom 04.09.: „Gedenkkongress 2015“ vom 11. Bis 13.09.2015 in Leipzig. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://web.archive.org/web/20170909222531/http://www.gedenkkongress.de/>.
- RAA Sachsen e.V. (2011). Spendenaufruf – Unterstützung für die Familie von Kamal K. Zugriff am 31. Januar unter <https://web.archive.org/web/20120131172402/http://initiativkreis.blogspot.de/category/allgemein/>.

- Radio Corax (2010). Rassistischer Mord in Leipzig – Gespräch mit dem „Initiativkreis Antirassismus“. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://www.freie-radios.net/37015>
- „Rassismus tötet!“ Leipzig (2017). Aktiv Gedenken statt schweigend Vergessen! – Rassismus tötet! – In Gedenken an Achmed B. und Kamal K. Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://www.rassismus-toetet-leipzig.org/index.php/aktiv-gedenken-statt-schweigend-vergessen-rassismus-toetet-in-gedenken-an-achmed-b-und-kamal-k/>.
- „Rassismus tötet!“ Leipzig. (2020). Niemand ist vergessen, Nichts ist vergeben! Zugriff am 31. Januar 2025 unter <https://www.rassismus-toetet-leipzig.org/index.php/niemand-ist-vergessen-nichts-ist-vergeben/>.
- Seidler, Thomas (1996, 26.10.). Kommentiert: Haß sät nur neue Gewalt. Leipziger Volkszeitung, S. 15.
- Unbekannt (1997). Morde aus dem Alltag. Antifaschistisches Infoblatt (AIB), 41. S. 16–17.
- Unbekannt (2011). Tatmotiv: „Ausländerhass“. Antifaschistisches Infoblatt (AIB), 92. S. 28–29.
- Wittig, Angela (21. 10. 1997). Nach brutalem Mord an Kaufmann: Lebenslänglich für zwei Skinheads? Bild Zeitung Leipzig.